

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 888 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Karsten D. Voigt MdB zum Verhalten Bonn's in der „Libyen-Frage“: Verfall des internationalen Vertrauens.

Seite 1

Albrecht Müller MdB zum Agieren von Minister Scholz in der Tiefflugfrage: Ein Versuch, die Bevölkerung für dumm zu verkaufen.

Seite 2

Werner Kindsmüller zum Wahlkampfbeitrag der SPD Schleswig-Holstein: Die Zukunft heißt Europa.

Seite 3

Uwe Lambinus MdB zu Möglichkeiten der Sportvereine bei der Aussiedler-Integration: Wichtige Hilfe bei der Eingliederung.

Seite 5

Dokumentation  
Die Bayerische SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag hat auf ihrer Klausurtagung in Irsee eine Entschließung zu militärischen Belastungen verabschiedet.  
Wortlaut

Seite 6

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

44. Jahrgang / 9

12. Januar 1989

### Verfall des internationalen Vertrauens

Zum Verhalten Bonn's in der „Libyen-Frage“

Von Karsten D. Voigt MdB  
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß

Das Verhalten der Bundesregierung bei der Aufklärung und strafrechtlichen Verfolgung beim Export rüstungssensibler Anlagen hat zu einem Verfall ihres internationalen Ansehens geführt. Der Verfall des internationalen Vertrauens gegenüber der Bundesregierung hat sich beschleunigt, nachdem im Gegensatz zu ursprünglichen empörten Dementis jetzt doch die Beteiligung deutscher Firmen und deutscher Staatsangehöriger am Bau einer auch zur Produktion chemischer Waffen geeigneten Fabrik in Libyen als erwiesen gelten muß. Innerhalb kurzer Zeit ist dies bereits der dritte Fall, in dem nach jeweils vorausgegangenem heftigen Dementis der Bundesregierung Kohl dann doch die Verstrickung bundesdeutscher Firmen in den Bau von Anlagen, die zur für die Bundesrepublik verbotenen Produktion von Massenvernichtungswaffen beitragen können, nachgewiesen wird.

Die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung bei künftigen Dementis ist deshalb auf dem Nullpunkt angelangt. Um sie wiederherzustellen bedarf es einer grundsätzlichen Veränderung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Verwaltungspraktiken mit dem Ziel einer Verschärfung der Kontrolle beim Export derartiger Anlagen bis hin zum Exportverbot.

Helmut Kohl und Volker Rühle haben sich über die Informationspraxis der US-Regierung empört. Ein wirklicher Skandal aber ist die Informationspolitik der Bundesregierung. Obwohl sie bereits seit November des vorigen Jahres über den Verdacht der USA informiert war, hat die Bundesregierung weder die Öffentlichkeit noch den Bundestag hierüber unterrichtet. Sie hat es auch versäumt, die Ausschüsse des Bundestages über die seit längerer Zeit in westlichen Regierungen kursierenden Hinweise über den möglichen Bau einer libyschen Chemiewaffenfabrik zu informieren. Dies, obwohl mehrere Ausschüsse des Bundestages im Dezember eigens zu Sondersitzungen einberufen wurden, um über Lücken bei der Kontrolle des Exports sensibler Anlagen zu diskutieren. Bereits aus Anlaß dieser Sondersitzungen hatten Abgeordnete der SPD mehrfach über das Problem nuklearer Anlagen hinaus auf das Problem des Exportes von Anlagen, die zur Produktion chemischer Waffen dienen könnten, hingewiesen. Diese mangelhafte Informationspolitik der Bundesregierung hat zu einer vermeidbaren Belastung des Vertrauensverhältnisses zwischen Parlament und Regierung geführt.

(-/12.1.1989/rs/ks)



Ein Versuch, die Bevölkerung für dumm zu verkaufen

Zum Agieren von Minister Scholz in der Tiefflugfrage

Von Albrecht Müller MdB

Beim Thema Tiefflug erleben wir erneut einen Versuch des Bundesverteidigungsministers Professor Scholz, die Bevölkerung für dumm zu verkaufen.

Mit seiner Ankündigung, die NATO-Streitkräfte würden noch in diesem Jahr 1.000 Tiefflugstunden aus der Bundesrepublik nach Belgien verlegen, hat er nur peinliche Reaktionen geerntet: Der Sprecher seines eigenen Hauses hat ihn dementiert; die Brüsseler Regierung reagierte verärgert und betonte, es sei noch keine Entscheidung gefallen.

Und: Selbst wenn es dazu kommen sollte, daß einige Kampfflugzeuge vom niedersächsischen Jever nach Südbelgien verlegt werden, bedeutet dies für die tieffluggeplagte bundesdeutsche Bevölkerung zunächst einmal wenig. Denn mögen dann vielleicht auch einige Maschinen mehr im Ausland stationiert sein und von dort aus starten, so ist völlig offen, wo sie den Tiefflug üben werden. Vermutlich auch bei uns. So üben beispielsweise in der Südpfalz seit Jahr und Tag Flugzeuge, die in Frankreich ihre Heimatflugplätze haben. Die A-10-Flugzeuge, von denen eines auf dem Weg zur Tiefflugübung am 8. Dezember in Remscheid abgestürzt ist, waren in England stationiert.

Fazit der Scholz'schen „Belgien-Versprechungen“: Nach seinen Äußerungen zu Ramstein und Nörvenich und im Anschluß an seine Forderungen nach sogenannter „Tiefflugentzerrung“ zeigt Verteidigungsminister Scholz einmal mehr, daß er entweder keine Ahnung hat oder die Unwahrheit sagt.

Wie kann sich ein Politiker wie Scholz dennoch im Amt halten? Wahrscheinlich, weil sich die Alliierten derzeit keinen besseren Verteidigungsminister vorstellen können. Wer ist zum Beispiel so fix wie Scholz, wenn es darum geht, neue atomare NATO-Kurzstreckensysteme einzufordern und damit die USA-Position zu unterstützen?

Doch sich als „Darling“ der Alliierten zu gerieren, darf in der Bundesrepublik nicht ministrabel machen. Deshalb ist Bundeskanzler Kohl aufgefordert, seine Berliner „Wunderwaffe“ Scholz von der Hardthöhe schnellstens abziehen.

(-/12.1.1989/rs/ks)

### Die Zukunft heißt Europa

Eine Darstellung des Wahlkampfbeitrages von Schleswig-Holstein

Von Werner Kindsmüller  
Landesgeschäftsführer der SPD Schleswig-Holstein

Die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten nehmen die bevorstehende Europawahl am 18. Juni sehr ernst, so ernst wie eine Bundestagswahl. Die Menschen müssen erkennen, daß das Jahrhundert der Nationalstaaten zu Ende geht; die Zukunft gehört Europa. Bereits heute werden viele wichtige Entscheidungen nicht mehr auf nationaler Ebene getroffen.

Bereits heute stehen wir überall in Europa vor wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen, die mit den Mitteln des Nationalstaats allein nicht mehr bewältigt werden können.

Die Verwirklichung des europäischen Binnenmarkts 1992 wird den Prozeß der Europäisierung ökonomischer und politischer Entscheidungen noch beschleunigen. Wir Sozialdemokraten begrüßen dies, wollen diesen Prozeß jedoch nicht sich selbst überlassen, sondern ihn politisch gestalten.

Über die Stärkung und Demokratisierung der Gemeinschaft wollen wir die politischen Gestaltungsspielräume zurückgewinnen, die die europäischen Nationalstaaten und ihre Parlamente verloren haben.

- o Zukunft Europa heißt für uns, die sozialen Rechte der Arbeitnehmer ausbauen und nicht abbauen wie es die Regierung Kohl sieht.
- o Zukunft Europa heißt für uns, mehr für Natur und Umwelt zu tun, als die nationalen Parlamente und Regierungen bisher taten.
- o Zukunft Europa heißt für uns, mehr zu tun für die Durchsetzung der Menschenrechte als die Regierung Kohl.

Die SPD wird in dem vor uns liegenden Wahlkampf klarmachen:

- Wer in Bonn den Sozialstaat demontiert, kann kein vertrauenswürdiger Anwalt der sozialen Rechte in Europa sein!
- Wer im EG-Ministerrat Fortschritte beim Umwelt- oder Verbraucherschutz bremst und zu Hause die Umsetzung erzielter Fortschritte verwässert und verzögert, ist kein Garant für eine soziale und ökologische Gestaltung des Binnenmarkts.
- Das Europäische Parlament dagegen setzt seit Jahren mit Beschlüssen über nationale Interessengrenzen hinweg Maßstäbe für eine bessere Zukunft in Europa.
- Eine erfolgreiche Politik in Schleswig-Holstein braucht ein starkes Standbein in Europa.

Wir Sozialdemokraten werden in diesem Wahlkampf auch für eine Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments eintreten; Die künftigen Weichenstellungen für Europa dürfen nicht von Lobbyisten oder nationalen Regierungen, sondern von vom Volk gewählten Abgeordneten vorgenommen werden.

Nur wenn Sozialdemokraten und Sozialisten in einem mit starken Rechten ausgestatteten Europaparlament Europas Zukunft gestalten, wird Europa zu einer sozialen und ökologischen Gemeinschaft mit Vorbildcharakter, statt zu einer europäischen Aktiengesellschaft mit den sozialen und umweltpolitischen Standards von Billiglohnländern.

Die Verwirklichung des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes ist für uns Sozialdemokraten eine Aufgabe, deren historische Dimension durchaus mit der Schaffung der deutschen Einheit Ende des letzten Jahrhunderts zu vergleichen ist.

Dies den Wählerinnen und Wählern bewußt zu machen, erfordert noch viel Aufklärungsarbeit. Ab sofort steht diese Arbeit im Vordergrund unserer Parteiarbeit.

Die Chancen aber auch die Risiken des europäischen Binnenmarktes für Schleswig-Holstein sind im einzelnen heute noch nicht abzusehen.

Im Vorwahlkampf werden wir in fünf Fachveranstaltungen mit dem Spitzenkandidaten für die Wahl zum Europäischen Parlament, Gerd Walter, unter dem Motto „Forum: Zukunft Europa“ die Auswirkungen des einheitlichen Binnenmarktes für Schleswig-Holstein ausloten:

- Am 8. Februar in Uetersen zum Thema „Wer schützt Europas Verbraucher?“ mit Vertretern der Ernährungswirtschaft, Verbraucherverbänden und -initiativen sowie Fachöffentlichkeit.
- Am 20. Februar in Husum zum Thema „Verantwortung für die Nordsee“ mit Natur- und Umweltschützern, Umweltminister Heydemann, mit internationaler Beteiligung sowie Fachöffentlichkeit.
- Am 27. Februar in Eckernförde zum Thema „Energie ohne Atom“ mit Vertretern der Energiewirtschaft, der Kernkraftwerksbetreiber, dem Ökoinstitut und dem Sozialminister.
- Am 13. März in Kiel eine Binnenmarktkonferenz unter dem Motto „Binnenmarkt '92 - Chance für Schleswig-Holstein“ mit Vertretern der schleswig-holsteinischen Wirtschaft, der Gewerkschaften und unter Mitwirkung des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministers.
- Am 18. April in Lübeck zum Thema „Kulturelle Identität Europas“ mit Kulturschaffenden, Vertretern der Medienbranche und Kulturpolitikern.

Die „heiße Wahlkampfphase“ wird am 24. April mit einer Wahlkampfauftaktveranstaltung in Rendsburg eingeläutet.

Am 11. Juni bildet ein landesweites Schleswig-Holstein-Treffen an der Kiellinie den Wahlkampfabschluß.

Daneben wenden sich spezielle Wahlkampfaktivitäten rund um den internationalen Frauentag (8. März) sowie Straßenveranstaltungen mit einem Wahlkampfbus unter dem Motto „Frauen auf Touren“ speziell an die Wählerinnen.

Wie in den beiden Landtagswahlkämpfen und im letzten Bundestagswahlkampf führt die SPD auch in diesem Wahlkampf eine Künstler-Tournee durch.

Zielgruppenveranstaltungen für Landwirte, Arbeitnehmer und Jugendliche ergänzen dieses Veranstaltungsprogramm.

(-/12.1.1989/rs/ks)

\* \* \*

Wichtige Hilfe bei der Eingliederung

Was Sportvereine und Jugendgruppen für die Aussiedler tun können

Von Uwe Lambinus MdB  
Sportpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landesgruppe  
Mitglied des Sportausschusses des Deutschen Bundestages

Unter den Organisationen, die nach dem Programm der Bundesregierung zur Eingliederung der Aussiedler gefördert werden können, sind die Sportvereine sowie Sport- und Jugendverbände nicht aufgeführt.

Es ist also unklar, ob diese Organisationen innerhalb des Regierungsprogramms bei den Hilfen für die Eingliederung dieser Mitbürgerinnen und Mitbürger finanziell unterstützt werden. Wenn es um die gesellschaftliche Integration, die aktive und mitmenschliche Lebenshilfe geht, kann die Zugehörigkeit zu einem Sportverein oder das Mitwirken in einer Jugendgruppe für diesen neu zu uns kommenden Bevölkerungskreis ein sehr positives Erlebnis sein.

Sport und Spiel verbinden, beseitigen soziale und sprachliche Schranken, bauen Vorurteile ab und schaffen gegenseitiges Vertrauen.

Dies haben die Sportvereine und Jugendgruppen in der Vergangenheit immer wieder bewiesen.

Deshalb ist es unverzichtbar, daß die Bundesregierung die Sport- und Jugendorganisationen in die Förderung einbezieht und eine „Aktion Gemeinsinn des Sports“ für die Aussiedler ermöglicht. Dabei ist es wichtig, daß befähigte und engagierte Übungs- und Jugendleiter in den Vereinen zur Verfügung stehen - und entsprechend honoriert werden.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion fordert auch vor diesem Hintergrund die Bundesregierung auf, die jahrelang versprochene - nun aber verweigerte - Erhöhung der steuerfreien Jugend- und Übungsleiterpauschale von gegenwärtig 2.400 DM auf 3.600 DM jährlich umgehend vorzunehmen.

An den Deutschen Sportbund, die Mitgliedsorganisationen und vor allem die über 64.000 Sportvereine appelliert die SPD, den Aussiedlern unvoreingenommen zu begegnen, ihnen die Möglichkeiten in den Sportvereinen und Jugendgruppen anzubieten und - gegebenenfalls durch finanzielle Erleichterungen - die Mitgliedschaft zu empfehlen.

Damit würden sich die Sportvereine und Verbände um die gesellschaftliche Eingliederung dieser Mitbürgerinnen und Mitbürger besonders verdient machen.

Die SPD wird diese Bemühungen, vor allem im kommunalen Bereich, nach Kräften unterstützen.

(-/ 12.1.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

## DOKUMENTATION

### Belastungen durch das Militär belasten Akzeptanz der Bundeswehr

Die Bayerische SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag hat auf ihrer Klausurtagung im Schwäbischen Bildungszentrum Irsee am 10. Januar folgende EntschlieÙung zu militärischen Belastungen verabschiedet:

Die bayerische Bevölkerung leidet zunehmend unter den Belastungen durch militärische Einrichtungen. Tiefflüge, Manöver, Landverbrauch und Naturzerstörung sowie die Auswirkungen von Standort- und Truppenübungsplätzen haben die Bürger und Bürgerinnen in einem Ausmaß aufgebracht und beunruhigt, das die Akzeptanz von Verteidigungseinrichtungen der Bundeswehr und der NATO insgesamt nachhaltig berührt.

Die Massierung militärischer Einrichtungen und Belastungen wird als zu riskant und gefährlich empfunden. Gegen die Überbelastung und Überbeanspruchung durch militärisches Verhalten im Frieden hat sich, zurecht, eine neue Qualität des Protestes erhoben.

Sicherheitspolitik darf nicht bei der Landesverteidigung aufhören, sondern muß zu einer umfassenden Vorsorgepolitik werden. Dazu gehört, daß nicht im Frieden durch Tiefflugübungen, Manöver oder Landverbrauch durch Depotbauten das beeinträchtigt, geschädigt oder gar zerstört wird, was verteidigt und geschützt werden soll: die eigenen Bürger und Bürgerinnen und das eigene Territorium!

Bei den militärischen Tiefflügen kann dies nur zu der Konsequenz führen, die Übungen der Luftwaffe sofort einzustellen und die Alliierten aufzufordern, dies auch zu tun.

Das Tieffluggebiet „Area 7“ bis 75 m ist sofort abzuschaffen. Die Stationierung einer Tornado-Staffel auf dem Fliegerhorst Erding, unweit des neuen Großflughafens München II, hat ebenso zu unterbleiben wie der Bau des Standortübungsplatzes in Eching, unmittelbar vor den Toren Münchens.

Die vom Bundesminister der Verteidigung angeordnete Reduzierung der Zahl von Großverbandsübungen für das Heer ab 1990 ist als ein erster Schritt zu begrüßen.

Wir brauchen ein neues Verteidigungskonzept als Grundlage für den Auftrag der Streitkräfte der NATO im Frieden.

(-/12.1.1989/rs/ks)